Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 3

Artikel: Linke in Lateinamerika : kein Anlass zur Euphorie
Autor: Noti, Odilo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341916

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Linke in Lateinamerika – kein Anlass zur Euphorie

Die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder wird heute von sozialistischen, sozialdemokratischen oder linkspopulistischen Staatschefs regiert. Dies gilt beispielsweise für Brasilien (Luiz Inácio Lula da Silva), Argentinien (Néstor Kirchner), Uruguay (Tabaré Vázquez), Chile (Ricardo Lagos) oder Venezuela (Hugo Chávez). Alle diese Regierungen verfolgen – mit Nuancen – makroökonomisch eine

Odilo Noti

orthodoxe Wirtschaftspolitik, die sich von ihren neoliberalen bzw. bürgerlichen Vorgängern nicht substanziell unterscheidet. Im Zentrum stehen eine Politik der hohen Zinsen und der Inflationsbekämpfung, die Bedienung der Auslandschulden und die Exportförderung.

Der brasilianische Befreiungstheologe Frei Betto, der bis Dezember letzten Jahres als Berater Lulas und als Leiter des Programms «Null Hunger» (Fome Zero) fungiert hatte und aus Protest gegen die Politik der brasilianischen Regierung zurückgetreten war, bescheinigt zwar, dass Brasilien bestimmt besser sei mit Lula als ohne ihn, hält aber dessen Politik der Ausgabendisziplin und Budgetkontrolle unverblümt für neoliberal. Das Programm «Null Hunger», das ursprünglich ein Sozialprogramm oder ein Programm der sozialen Integration sein sollte, ist seiner Auffassung nach zu einem reinen Kompensationsprogramm verkommen. Ursprünglich waren in diesem Rahmen neben Geldtransfers Alphabetisierungs- und Gesundheitsprogramme, Schulpflicht für Kinder, Berufsausbildung, die Vermittlung von Kleinkrediten sowie der Ausbau der Trinkwasserversorgung geplant. Mehr als 2000 selbst gewählte Bürger-Komitees sollten für die Realisierung und Kontrolle der Projekte vor Ort verantwortlich sein. Frei Betto zieht Bilanz: «Das Programm hat zwar viele positive Aspekte. Aber es ist nicht die grosse Revolution der Hungerbekämpfung und der sozialen Eingliederung. Und das ist das grosse Paradox der Regierung Lula. Auf dem Papier hat sie eine fortschrittliche Sozialpolitik. Aber die wird verhindert durch eine liberale Wirtschaftspolitik.»

Auch wenn Lula eine umfassende Steuer- und Rentenreform durchgesetzt hat: Ihm fehlt die Mehrheit für tief greifende sozialpolitische Reformen. Seine Wirtschaftspolitik wird zwar auf der Basis wechselnder Koalitionen im Parlament mitgetragen, für sozialpolitische Vorhaben wird ihm jedoch die Unterstützung versagt. Deshalb wächst die Masse der Enttäuschten, die brasilianischen Theologen Frei Betto und Leonardo Boff sind nur die Speerspitze der Kritiker.

In Argentinien verhält sich der Linksperonist Kirchner ähnlich. Zwar droht er gelegentlich mit der Rückverstaatlichung öffentlicher Dienste und legt sich immer wieder mit dem Internationalen Währungsfonds an. Aber auch er stellt das Modell der freien Marktwirtschaft grund-

sätzlich nicht in Frage. Ebenso politisiert in Chile der Sozialist Ricardo Lagos. Er setzt auf eine Wirtschaftspolitik, die sich an der Öffnung und Liberalisierung der Märkte und an der Förderung der Exporte orientiert. Selbst der venezolanische Staatschef Hugo Chávez unterscheidet sich von solchen Positionen nicht qualitativ. Der Ex-Offizier, der 1992 den korrupten Sozialdemokraten (!) Carlos Andrés Pérez, heute einer der reichsten Männer Lateinamerikas, weggeputscht hatte und 1998 mit grosser Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden war, liefert nach wie vor Öl in die USA und bezahlt die Auslandschulden Venezuelas pünktlich zurück.

«Kungel-Kapitalismus»

Um die widersprüchliche Politik dieser «geläuterten Linken» zu verstehen, ist eine kurze Rückblende notwendig. Lateinamerika hat zwei verlorene Jahrzehnte hinter sich. In den achtziger und neunziger Jahren verursachte die Verschuldungskrise einen allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang. Zwar hatte sich das Militär zu dieser Zeit praktisch auf dem ganzen Kontinent in die Kasernen zurückgezogen, ein Ergebnis der jahrelangen Militärdiktaturen war jedoch die völlige Zerschlagung der Linken. Schlimmer noch. Wie der chilenische Befreiungstheologe Fernando Castillo analysiert, hatte der diktatorische Staat darüber hinaus partizipatorische Instanzen und Räume systematisch zerstört: «Die Demokratie wurde nicht nur durch die Unterdrückung der Parlamente, sondern auch in den Gemeinden, in den Universitäten, im Gesundheitswesen, in den Gewerkschaften, in den Nachbarschaftsorganisationen usw. zerstört. Die Auswirkungen der autoritären Regierungen dürfen also nicht nur auf dem Gebiet der ‚formellen Demokratie' und auf der Ebene der ‚politischen Institutionen' beurteilt werden, sondern man muss auch den Schaden in Rechnung stellen, den sie auf der Ebene der ‚sozialen Beziehungen' und der dortigen Partizipation angerichtet haben.»

Auf das Ende der Diktaturen folgten – nahezu zeitgleich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion – in ganz Lateinamerika liberal-demokratische, teils auch autoritäre Regierungen. Der Sozialwissenschaftler Jorge Castañeda teilt die Auffassung Castillos, dass dieser Siegeszug wesentlich mit der Zerschlagung der politischen Linken zusammenhängt. Damit war die Basis gelegt, dass der so genannte «Washingtoner Consensus» in Lateinamerika generelle Gültigkeit erhielt. Dieses von John Williams am US-amerikanischen «Institute for International Economics» erarbeitete und von den USA kommandierte Zehn-Punkte-Programm zur Strukturreform Lateinamerikas begründete in praktisch allen Ländern eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Hinsichtlich des Staates bedeutete der «Washingtoner Consensus», dass seine Kompetenzen in der Ökonomie minimiert wurden und er sich weitgehend aus der Sozialpolitik zurückziehen musste.

Die Generation der liberal-demokratischen Regierungen hat es versäumt, auch den Staat und das Politische grundlegend zu erneuern.

Mittlerweile wird aber auch den einstigen Protagonisten klar, dass der «Washingtoner Consensus» überall mehr Armut und Marginalisierung verursacht hat. Sie fordern nun ein «Jahrzehnt der Reformen der zweiten Generation», welche die sozialpolitischen, infrastrukturellen und institutionellen Probleme der «defizitären Demokratien» Lateinamerikas lösen sollen. Die Notwendigkeit institutioneller Reformen verweist dabei auf die Tatsache, dass es die Generation der liberal-demokratischen Regierungen versäumt hat, auch den Staat und das Politische grundlegend zu erneuern. Sie sind nach wie vor durch mangelnde oder fehlende Demokratie und Partizipation, durch Korruption, Vetternwirtschaft und Postenschacherei gekennzeichnet.

Deshalb verlieren insbesondere das Justizsystem, die Parlamente und die politischen Parteien an Glaubwürdigkeit. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch die Parteien vertreten. Dies belegt etwa der rasche Verfall der Parteiensysteme in Peru, Venezuela, Ecuador und Kolumbien. Als Folge davon gelangen Aussenseiter und Populisten (Fujimori, Gutiérrez, Chávez) oder sogar – wie in Guatemala und Bolivien – ehemalige Diktatoren wieder an die Regierung (Montt bzw. Banzer). Das Misstrauen gegen die bisherige Staatsklasse (alte Aristokratie, jüngeres Industrie- und Handelsmanagement, Finanz- und «Narko»-Bourgeoise, die sich zusammen als «Kungel-Kapitalismus» beschreiben lassen) fand seinen deutlichsten Ausdruck wohl in den Rufen der verarmten Mittelschichten und der besitzlosen Unterschicht Argentiniens, als diese, angesichts des wirtschaftlichen Ruins des Landes, auf den Strassen skandierten: Que se vayan todos, weg mit dem Politiker-Gesindel!

Auch die Linke hat auf die bürokratische und autoritäre Degeneration des Sozialismus bis heute keine ernst zu nehmende Antwort entwickelt.

Aber auch die Linke muss sich Kritik gefallen lassen. Castillo etwa visiert mit seiner Grundsatzkritik zwei Aspekte an. Zum einen habe die lateinamerikanische Linke bis heute auf die Herausforderung, welche die Krise des Sozialismus (bürokratische und autoritäre Degeneration) aufgeworfen habe, keine ernst zu nehmende Antwort entwickelt. Statt dessen habe sich ein grosser Teil für die «Modernisierung» begeistert und deren Widersprüche und Ausgrenzungen vergessen. Das lateinamerikanische Modernisierungsprogramm und seine Eckpfeiler – Weltmarktintegration und Rationalisierung – ziehe jedoch über die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskräfte hinaus den Ausschluss ganzer Bevölkerungsschichten nach sich. Zum andern wirke sich die Krise des Sozialismus in Lateinamerika «in der Unfähigkeit aus, Alternativen zum herrschenden System auf diesem Kontinent anzubieten».

Lateinamerika jenseits von formaler Politik und Ökonomie

Das bisher gezeichnete Panorama der Interessengegensätze und Widersprüche betrifft das offizielle Lateinamerika, das dort häufig das «país formal» genannt wird. Es steht offensichtlich nicht zum Besten mit diesem «país formal». Daneben gibt es jedoch noch das «país real», ein Lateinamerika jenseits von formaler Politik und Ökonomie. Dort findet der Alltag der kleinen Leute statt. Es ist der so genannte «informelle Sektor» oder das unbehauste Dasein am Rand der Gesellschaft. Von den 500 Millionen Menschen Lateinamerikas kämpfen in diesem Sektor 300 Millionen um ihr alltägliches Überleben – als Kleinbauern, Landlose, Abfallsammler, Strassenhändler, Dienstmädchen usw. Sie werden auch durch Projekte internationaler Hilfsorganisationen unterstützt und gefördert. Ausserdem leben viele von Geldüberweisungen, die ihnen nach Nordamerika ausgewanderte Familienmitglieder – legal oder illegal – wöchentlich oder monatlich schicken. Im Jahr 2002 dürfte dieser Geldfluss nach Lateinamerika mindestens 32 Milliarden Dollar betragen haben. Ohne ihn könnte der informelle Sektor nicht überleben.

Der informelle Sektor hat sich in den letzten Jahren auch politisch artikuliert. Einerseits geschieht dies durch symbolische Protestaktionen. So besetzten in Brasilien mehrere hundert Mitglieder der Landlosen-Bewegung zu Ostern 2002 die Hazienda des damaligen Staatspräsidenten Henrique Cardoso. Sie leerten die überdimensionierten Kühlschränke und Vorratsräume, assen und tranken sich satt. Bevor sie friedlich singend abzogen, rauchten sie auch noch die von Fidel Castro geschenkten Zigarren Cardosos… Die steigende Armut rief andererseits eigentliche Protestwellen des informellen Sektors hervor. In ganz Argentinien okkupierte die «Bewegung besetzter Betrie-

be» überschuldete und von ihren Eigentümern verlassene Unternehmen, um sie in Eigenregie weiterzuführen. Immerhin konnten rund 60 Prozent der besetzten Betriebe während der vergangenen zwei Jahre ihre Personalbestände erhöhen. In Zentralamerika sowie in Ecuador und Bolivien erhoben sich indianische Bewegungen gegen Wasserpreis-Erhöhungen und gegen Privatisierungsversuche der Elektrizitätswirtschaft. Schliesslich gelang es dem informellen Sektor in eigentlichen Volksaufständen, korrupte Staatspräsidenten aus dem Amt zu jagen. So wurden in Bolivien Gonzalo Sánchez de Loza und in Argentinien Fernando de la Rua in die Wüste geschickt.

Die Bewegungen des informellen Sektors haben zunächst einmal vor allem die traditionellen bürgerlich-konservativen und die wirtschaftsliberalen Parteien geschwächt. Zwar hat sich durch die Proteste die Ausgangslage für die Linken verbessert. Ob diese sie zu nutzen versteht, ist noch unklar. Illusionen sollte man sich indessen keine machen: Einzig die (mittlerweile auch angeschlagene) Arbeiterpartei Brasiliens dürfte zurzeit eine gestaltungsfähige Massenpartei sein.

Befreiungstheologische Positionen

Wie ist der Beitrag der Befreiungstheologie als fortschrittlicher Akteurin vor diesem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund zu bewerten? Abgesehen von Nicaragua (die Gebrüder Cardenal und Miguel d'Escoto) und Brasilien (Frei Betto, Leonardo Boff) sind keine führenden Befreiungstheologen/innen in die parteipolitische Arena eingestiegen. In der Tradition der Ansätze des peruanischen Marxisten José Carlos Mariátegui, aber auch von Antonio Gramsci und Louis Althusser haben sie Befreiung vor allem im Kontext der «zivilen Gesellschaft» (als Entgegensetzung zum Staatsapparat) reflektiert. Sie insistierten damit auf der Notwendigkeit nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer und vor allem kulturell-gesellschaftlicher Befreiungsprozesse.

In dieser Tradition ist heute eine dritte und vierte Generation von Befreiungstheologen und -theologinnen an der Arbeit. Ihre Fragestellungen haben sich erweitert und vertieft. Für viele stehen nach den Erfahrungen mit dem autoritären Staat und nach dem politischen Versagen der Parteien Themen wie Demokratie und Partizipation im Vordergrund. Es geht ihnen darum, Räume der Beteiligung für die Marginalisierten zu öffnen, vorzugsweise auf der Ebene des Lokalen, politisch wie kulturell. Sprach die Theologie der Befreiung früher häufig und unterschiedslos von «den» Armen, so sehen das BefreiungstheologInnen heute differenzierter. Daraus sind feministische, schwarze oder indianische Befreiungstheologien entstanden. Auch der Kultur und der Frage der kulturellen Identität schenkt die Befreiungstheologie heute eine stärkere Beachtung. Dies ist kein Rückzug, wie der Ökonom und Theologe Franz Hinkelammert, der herausragendste und radikalste theologische Kritiker des Neoliberalismus, betont. Auf dieser Linie hat sich die Theologie der Befreiung zu einer Theologie der Ausgeschlossenen entwickelt. Es sind Subjekte, die weder kaufen noch verkaufen können und die deshalb ökonomisch, politisch und sozial irrelevant werden. Um ihre Würde und ihre Identität geht es der Theologie der Befreiung.

Fazit

Aus linker Perspektive gibt die heutige Parteienlandschaft Lateinamerikas keinen Anlass zur Euphorie. Ohnehin hat sich die europäische Sozialdemokratie in ihrer Einschätzung lateinamerikanischer Entwicklungen oft genug vertan. Erinnert sei hier

Einzig die (angeschlagene) Arbeiterpartei Brasiliens dürfte zurzeit eine gestaltungsfähige Massenpartei sein.

nur an den venezolanischen «Sozialdemokraten» Andrés Pérez. Dem korrupten Neoliberalen gelang es erfolgreich Bruno Kreisky, Willy Brandt und Olof Palme als Sprecher der Sozialistischen Internationale zu umgarnen. Deshalb wäre eine verschärfte und systematische Analyse internationaler Politik angezeigt. Notwendig ist ausserdem, dass nicht nur formaler Politik und Ökonomie, sondern auch den Bewegungen des informellen Sektors mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Sodann wäre im Rahmen internationaler Politikdialoge von den lateinamerikanischen Genossen eine entschiedene Demokratisierung der staatlichen Institutionen einzufordern. Komplementär dazu müssten zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Menschenrechtsorganisationen) unterstützt werden. Wie Antonio Gramsci zu seiner Zeit einleuchtend aufgezeigt hat, ist die zivile Gesellschaft (società civile) ein produktives Gegengewicht zur staatlichen Sphäre (società politica). Denn dort werden die Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der sozialen Zukunft einer Gesellschaft ausgetragen.

Literatur:

- Blätter für deutsche und internationale Politik, Hefte 3 und 10, 2003; Heft 5, 2005.
- Fernando Castillo: Evangelium, Kultur und Identität. Stationen und Themen eines befreiungstheologischen Diskurses, Luzern 2000.
- Mariano Delgado, Odilo Noti, Hermann-Josef Venetz (Hg.): Blutende Hoffnung. Gustavo Gutiérrez zu Ehren, Luzern 2000.
- Das Magazin, 30. Juli 2005.

Odilo Noti, geboren 1953 im Wallis, ist Leiter des Bereichs Kommunikation und Mitglied der Geschäftsleitung bei Caritas Schweiz. Der promovierte Theologe ist ausserdem Präsident der Genossenschaft Edition Exodus, die wichtige befreiungstheologische Werke verlegt hat.